Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VIII/2025/01741**
Datum: 08.10.2025
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	29.10.2025	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zu Parkbeschränkungen in der Tiergartenstraße

Von Anwohnern der Tiergartenstraße war zu erfahren, dass die Stadt, genauer das Straßen- und Tiefbauamt, neue Beschränkungen bezüglich des Parkens in der Tiergartenstraße erlassen habe. So sei das Schrägparken vor der Mauer zwischen Raubkatzenhaus und Elefantengehege nun untersagt. Die Parkmarkierungen seien mit Verweis auf zu hohe Kosten fürs Markieren mit schwarzer Farbe überstrichen worden. Die Maßnahme sei mit Verweis auf eine größere Sicherheit beim Längsparken und das Gebot nun nur noch linksseitig zu parken erfolgt. Das Schrägparken soll dort bereits 64 Jahre lang praktiziert worden sein. Auch verwies die Stadt, namentlich Frau Obier, angeblich auf das Konzept der autoarmen Innenstadt, das dieses Vorgehen notwendig mache und Grundlage des Handelns der Verwaltung sei. Weiterhin sei das Pflaster (Asphalt) denkmalgeschützt und dürfe nicht markiert werden (die Behindertenparkplätze haben an gleicher Stelle eine neue Markierung erhalten). Auf Nachfragen hätten die Mitarbeiter der Stadt erklärt eine Vorabinformation der Bürger sei nicht nötig und hätte nur zu, die Verwaltung „belastenden“, Beschwerden geführt, die die eigentliche Arbeit behindert hätten. So wie der Fall uns geschildert wurde klingt es sehr nach einem weiteren Fall von Schikane der Stadtverwaltung gegen rechtschaffene Bürger, die auf ihr Auto angewiesen sind.
Daher fragen wir:

1. Trifft der Fall in der geschilderten Form zu?
2. Welche Notwendigkeit bestand für die Stadt hier eine seit 64 Jahren bestehende Parkregelung zu ändern?
3. Wieso ist kein Geld zur Markierung der Parkplätze vorhanden, wohl aber Farbe zum Überstreichen der Markierungen, während gleichzeitig die Behindertenparkplätze neu markiert wurden?

4. Wie kommen Mitarbeiter der Stadtverwaltung auf die Idee, hier mit dem Konzept der autoarmen Innenstadt zu argumentieren? Das Konzept wurde 2021 in einem Bürgerentscheid von der breiten Masse der Bevölkerung abgelehnt und ist damit nicht länger von der Stadtverwaltung zu verfolgen.
5. Wie kommt die Stadtverwaltung nach all den Jahren zu der Erkenntnis, dass das (Asphalt-)Pflaster plötzlich denkmalgeschützt wäre?
6. Die Stadtverwaltung ist wie die komplette öffentliche Infrastruktur vom Bürger finanziert. Wie kommt die Verwaltung zu der Aussage, dass Anwohnerbeteiligung bei einschneidenden Maßnahmen nur behindernd und zeitraubend sei? Sollte die Aussage so gefallen sein, ist sie ein großer Schlag ins Gesicht aller Steuerzahler und trägt zur Eskalation der Lage vor Ort bei.

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion